Nr. 39 Montag, 17. Februar 1919 26 Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk.
Postscheckkonto Nr. 53 477. Postscheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13693.

Inserate kosten die 7gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Platzvorschrift 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherm Tarif. Auf alle Inserate 20% Teuerungszuschlag. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— Mk. jedes Tausend, bei Teilauflage 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Fernsprecher 4596 ● Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Das neue Waffenstillstandsabkommen.

Der wiedererstandene Reichstag

Weimar, 15. Februar.

Hatten wir eine Revolution in Deutschland? So ist man versucht zu fragen, nachdem man die Sonnabendsitzung der Nationalversammlung über sich hat ergehen lassen. Daß man das Parlament eines durch die Revolution durcheinandergerüttelten und verjüngten Staates vor sich habe, das kann man dieser Körperschaft wahrlich nicht ansehen. Im Aeußerlichen hat sich allerdings einiges verändert: Viele alte Bekannte sind verschwunden und haben Neulingen Platz machen müssen. Und die Erscheinung der weiblichen Abgeordneten deutet auch auf eine innere Umwälzung. Aber vorerst ist selbst von einer leisen Wirkung dieser neuen Tatsache noch gar nichts zu spüren. Wer am Sonnabend die Augen schloß, der konnte sich wahrhaftig in den alten Reichstag unseligen Angedenkens versetzt glauben. Vom Präsidentensitz ertönt wieder die sonore Stimme des Badensers Fehrenbach und sagt einem, daß die Zentrumspartei eine nicht zu übersehende Macht im Deutschen Reiche ist. Und im Saale manifestierte sich wieder einmal die kompakte Majorität gegen das kämpfende Proletariat. Da brauste wieder, wie so oft im Reichstag, der Entrüstungssturm gegen die Partei der proletarischen Opposition, da stand unsere kleine Fraktion, da stand ihr Redner allein gegen die Brandung der wütendsten Angriffe aus allen anderen Lagern des Hauses, und von der Regierungsbank, die den skrupellosesten ihrer Klopffechter vorschickte, damit er, umtost von dem Beifallsgeschrei der Rechtssozialisten wie der Bürgerlichen, die unerbittliche Anklagerede unseres Redners verwische. Es war wie der Abdruck eines alten, in der Kriegszeit so oft gesehenen Klischees. — Ein Vierteljahr revolutionärer Umwälzung ist, wie es scheint, spurlos an der erwählten Vertretung des deutschen Volkes vorübergegangen. Diese kompakte Majorität, die am Sonnabend gegen die Vertretung der kämpfenden Arbeiterklasse lärmte, gestikulierte und sittliche Entrüstung kochte, hat vom Geiste dieser Umwälzung nicht einen Hauch verspürt. Der Flügelschlag der neuen Zeit hat sie nicht gestreift. Und damit kein Strich an dem alten Bilde fehle, waren die Rechtssozialisten die eifrigsten im Chor der Tobenden. Sie führten ihn, und ihr frenetischer Jubel übertönte den der bürgerlichen Parteien, als Herr Noske sich bemühte, seiner Blut- und Gewaltpolitik zu Berlin und Bremen ein rednerisches Gegenstück zu geben. Daß sich Bourgeoisie und Rechtssozialisten in der Bekämpfung der revolutionären Arbeiterklasse gefunden haben, war ja längst bekannt. Die Sonnabendsitzung des Reichsparlaments aber hat diese Tatsache in breitester Körperlichkeit vors Auge gestellt, hat diesen Pakt vor allem Volke in derber Brutalität festgelegt.

Ein Schritt weiter zur Klärung der politischen Lage. Ein Stoß mehr zur Aufrüttelung des Proletariats. Wieviele werden ihm noch folgen müssen, um die derzeitige Anhängerschaft der Rechtssozialisten vollends zum Erwachen zu bringen?

Zwei Regierungsvertreter sprachen in dieser Sitzung. Der Reichsschatzminister, der ehemalige Nationalliberale und jetzige Demokrat Schiffer, machte den Anfang. Er verabfolgte dem Parlament der Nation ein eiskaltes Sturzbad, obgleich diese Feststellung der trostlosen finanziellen Zerrüttung und Schuldbelastung des Reiches eigentlich keine Ueberraschung war. Niemand im deutschen Volke wird andre als traurige Bilder vom finanziellen Stand der neuen Republik erwartet haben, die das furchtbare Erbe viereinhalbjährigen Weltkrieges antreten mußte. Aber trotzdem wirkt diese grausam klare Zusammenstellung der erdrückenden Zahlen wie ein neues Ereignis von zermalmender Wucht. Und es fehlt ihm der befreiende Ausblick. Es fehlt die auch nur in den dürftigsten Strichen gegebene Andeutung, wie dieser Berg der Schulden abzutragen, wie die Lasten, die die Alliierten dem Reiche auferlegen werden, zu erschwingen, wie die Lebensnotwendigkeiten des Staates in den kommenden Jahren aufzubringen sind. Herr Schiffer hütet sich, jetzt schon in diese konkreten Dinge hineinzusteigen. Er ist von derselben Vorsicht wie das Regierungsprogramm, das, wie Genosse Haase nach dem Minister feststellte, nicht einmal die Reichseinkommensteuer fordert. Eine Unbestimmtheit, die das Aergste von dem kommenden Steuerwerk der neuen Bourgeoisieherrschaft mit Rechtssozialistenvorspann befürchten läßt. Das deutsche Volk wird an den finanziellen Folgen des Kriegsverbrechens sehr schwer zu tragen haben. Es wird auf Jahrzehnte hinaus für die Sünden seiner künftigen Beherrscher zu büßen haben. Und nur dadurch wird es das schier Unerträgliche ertragbar machen können, daß es den Weg des Sozialismus rasch und entschlossen einschlägt.

Herr Schiffer hat natürlich nicht die Absicht gehabt, für diese Erkenntnis Beweismaterial vorzulegen. Er dient, wie alle jetzigen Träger der Reichsgewalt, der Revolution nur widerwillig, und seine Absichten gehen nach einer ganz anderen Richtung, als die schließliche Wirkung seiner Darlegungen. Herr Schiffer möchte die Revolution beenden und die deutsche Arbeiterklasse zur resignierten Unterwerfung unter die gottgewollte Macht des Kapitals bringen. Der stärkste Akzent seiner Rede lag auf dem Teil, wo er von der Pflicht der Arbeiter gegen Staat und Gesellschaft spricht. Und die schärfste Kritik dieser Rede richtet sich nicht gegen die Auswüchse des Kapitalismus in der Kriegszeit, die Herr Schiffer teilweise nicht ganz übergehen konnte, sondern gegen die Fehler, die in der kurzen Spanne der Revolutionszeit von revolutionären Organen gemacht sind oder gemacht sein sollen. Daß der Herr dabei seinem Herzen nicht ganz freien Lauf lassen konnte, sondern mit Rücksicht auf die rechtssozialistische Bundesgenossenschaft die Rolle des Unparteiischen gegenüber der Arbeiterschaft festhalten mußte, macht seine Ausführungen nicht sympathischer.

Mit scharfer Wehr hat sich der Genosse Haase seinen Weg gebahnt durch Gestrüpp und Drahtverhaue, die sich ihm entgegenstellten. Er hatte die Aufgabe, diesem angeblichen Revolutionsparlament sein wahres Angesicht zu zeigen, und er hat es im scharfgeschliffenen Spiegel seine gegenrevolutionäre Fratze sehen lassen. Der Inhalt dieser fest zupackenden und unerbittlich bloßlegenden Anklagerede soll hier nicht wiederholt werden. Von ihrer Wirkung zeugt das wütende Geheul, mit dem die Betroffenen über sie quittierten. Immer wieder schrien die Rechtssozialisten auf, und mit einem Hagel von Zwischenrufen provozierendster Art suchten sie das Strafgericht zu stören. Aber unser Redner stand fest in dieser Brandung der Wut und der giftigen Bezichtigungen und schenkte den Sündern nichts. Sie haben nichts verwischen, sie haben nur unterstreichen können; sie haben die Rede nicht beeinträchtigen können, sie haben ihre Wirkung nur gehoben, trotz allen Beistandes, den sie von ihren lieben Bundesgenossen im bürgerlichen Lager und stellenweise auch von den Reaktionären der Rechten bekamen. Wenn so die ganze reaktionäre Masse von Posadowsky bis Pfannkuch im Chor der Zwischenrufer zusammenwirkte, so hatte man ein vortrefflich klares Bild von der derzeitigen politischen Lage in der sogenannten deutschen Revolution. Das greellste Blitzlicht aber warf darauf das Verhalten dieser ehrenwerten Volksvertretung in dem Moment, als Genosse Haase die jedem Revolutionär teuren Namen der beiden Blutopfer der Gegenrevolution Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nannte. In dem frivolen, frech herausfordernden Aha!, das ihn unterbrach, tat sich ein ganzer Abgrund von Grausamkeit und Heimtücke auf, manifestierte sich die ganze Brutalität einer Klasse, die mit Zähnen und Nägeln eine bevorrechtigte Stellung gegen die anstürmende Masse der Unterdrückten verteidigt. Es brauchte einer sonst nichts von den Taten und Untaten der Rechtssozialisten zu wissen, ihre Haltung in diesem Moment würde sie in ihrer wahren Wesensart jedem Tieferblickenden enthüllt haben. — Ueber der Kritik hat Genosse Haase das Positive nicht vergessen, er hat das, was eine wirklich revolutionäre Regierung in der inneren und in der äußeren Politik zu tun hat, in knappen Strichen fest entworfen, und ebenso dem Proletariat Ziel und Weg in den brausenden Wirbeln dieser stürmischen Zeit gewiesen.

Was der Sturm der Zwischenrufe nicht vermocht hatte, das sollte der wütende Vorstoß vollbringen, den der robusteste aller Vertreter der antirevolutionären rechtssozialistischen Praxis nun gegen die Unabhängige Sozialdemokratie unternahm. Man muß ihm neidlos das Zeugnis ausstellen: er hat sein möglichstes getan. Diese Rede läßt sich in ihrer Art, in ihrer Brutalität wie in ihrer Engstirnigkeit, in ihrer skrupellosen Demagogie wie ihrer geistigen Bedürfnislosigkeit nicht überbieten. Herr Noske hat alle seine Mittel zu nützen gewußt und auch die wohlfeilsten nicht verschmäht. Daß er auf dem Gebiete der persönlichen Verunglimpfung eine besondere Stärke hat, verwundert bei diesem einstigen Befürworter des Brest-Litowsker Friedens wahrlich nicht. Und dieser Mann ist die besondere Hoffnung seiner Partei und ihrer bürgerlichen Vorgesetzten! Der letzteren, solange sie ihn brauchen. Denn einst wird kommen der Tag, wo die Bourgeoisie ihre rechtssozialistischen Platzhalter beiseite schieben wird, nachdem sie alles getan haben, was für die Unterminierung der Revolution zu tun war. Und wo sie Erfolg haben wird, wenn nicht die Lektionen, die die Nationalversammlung an jedem Tage ihres Daseins dem Proletariat erteilt, dieses zum rechtzeitigen Vorbeugen aufrütteln.

Den Schluß machte Herr Rieser von den Ueberresten der nationalliberalen Partei, die sich jetzt Deutsche Volkspartei nennt. Mit welchem Recht oder vielmehr Unrecht, zeigt die Rede, die die Ansprüche der Bourgeoisie in nacktester Deutlichkeit ausspricht.

Der Wochenschluß hat noch nicht den Schluß der Debatte gebracht. Sie wird noch einige Tage dauern. Was von diesem Parlament zu erwarten ist, das haben die bisherigen Sitzungen schon zur Genüge gezeigt. Von Tag zu Tag verschärft sich die Aehnlichkeit mit dem gewesenen Reichstag, und damit ist für das Proletariat das Urteil über diese Versammlung gesprochen. Die Revolution des 9. November hat den Reichstag von 1912 und der Kriegsjahre nicht hinweggefegt, damit er in wenig veränderter Gestalt wieder auferstehe. Soll das Werk der Revolution fruchtbar werden für die Proletarier Deutschlands, so muß diese lebendige Erinnerung an ein altes, zusammengebrochenes System sobald wie möglich verschwinden und einer wirklich an Haut und Gliedern erneuerten Vertretung Platz machen.

Rücktritt des Grafen Brockdorff-Rantzau?

Berlin, 17. Februar. (W. T. B.) In später Nachtstunde wird der Vossischen Zeitung berichtet, daß nach Meldungen aus Weimar Graf Brockdorff-Rantzau zurückgetreten sei. Eine Bestätigung dieser Nachricht lag bis jetzt nicht vor.

Schutz den Mördern!

Die Scheinuntersuchung in der Mordaffäre Liebknecht und Luxemburg.

Die Genossen Oskar Busch und Paul Wegemann, Mitglieder des Vollzugsrats Groß-Berlins, sowie der Genosse Hugo Struve, Mitglied des Zentralrats der Deutschen Republik, teilen mit, daß sie aus der Kommission, die den Mord an den Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg untersuchen soll, ausgeschieden sind. Sie begründen ihren Schritt mit der Behauptung, daß die Untersuchung durch das Militärgericht nicht parteilos geführt werde, daß vielmehr alles geschehe, um den Tatbestand zu verdunkeln und den Mördern Straffreiheit zu sichern. Die Genossen geben eine aktenmäßige Darstellung des Verlaufs der Untersuchung, aus der die Richtigkeit ihrer Behauptung hervorgeht, und die weiter beweist, daß die Regierung nichts tut, um der Gerechtigkeit zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Erklärung der drei Genossen schließt mit folgendem Appell an die Oeffentlichkeit:

„Während unsrer vierwöchigen Teilnahme an der Untersuchung der allein es zu verdanken ist, daß die Untersuchung allen Widerständen zum Trotz die jetzt vorliegenden Resultate gezeitigt hat, waren wir bestrebt, diesen elementaren Forderungen des Rechts Geltung zu verschaffen. Das ist uns nicht gelungen. Es ist uns nicht einmal gelungen, die Einsetzung einer Sonderkommission durchzusetzen, der nur die Aufklärung des Tatbestandes obgelegen hätte. Ja, jetzt, nach der Ueberführung der Mörder, ist es uns nicht einmal gelungen, auch nur ihre Verhaftung durchzusetzen, die unumgänglich ist, soll die Verdunkelung verhindert und die Weiterverfolgung der Spuren nach den vermutlichen Hintermännern des Komplotts ermöglicht werden.

Wir können es deshalb nicht mit unserm Gewissen vereinbaren, noch weiter an einer Untersuchung teilzunehmen, die durch die ganze Art ihrer Handhabung zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist. Wir erklären hiermit unsern Austritt aus der Untersuchungskommission und legen unser Mandat in die Hände der Oeffentlichkeit zurück.

Sache der Oeffentlichkeit wird es nun sein, den Kampf um das niedergehaltene Recht, den Kampf um die Aufdeckung des Meuchelmordes mit aller Entschiedenheit aufzunehmen. Schon viel zu lange hat das empörte Gerechtigkeitsgefühl geschwiegen. Jetzt endlich muß aufgeräumt werden mit allen offenen und geheimen Widerständen, die sich der Aufdeckung der Wahrheit in den Weg stellen.

Da die Regierung anscheinend weder die Kraft noch den Willen hat, der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, appellieren wir an die Oeffentlichkeit, durch machtvollen Druck auf die Regierung, die Hindernisse, vor allem die ganze Militärgerichtsbarkeit aus dem Wege zu räumen.

Es darf nicht sein, daß ein privilegiertes Sondergericht als Kulisse bestehen bleibt, hinter der das scheußlichste Verbrechen sich verbirgt. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist vor der Welt, vor der Geschichte verantwortlich, daß die Schuldigen an der Ermordung der Genossen Liebknecht und Luxemburg an den Pranger gestellt und zur Verantwortung gezogen werden."

Der Fall Radek.

Auf den Protest seines Verteidigers sind jetzt dem Genossen Radek die eisernen Fesseln abgenommen worden. Er hat seine Verteidigung beauftragt, den Einwand, daß er infolge seiner Stellung in Rußland den deutschen Gesetzen nicht unterliege, fallen zu lassen, da er nicht wünscht, besser bei Gericht behandelt zu werden als seine deutschen Gesinnungsgenossen.

Die gegenrevolutionären Kohlrübensuppen.

Die Rote Fahne teilt mit, daß die gefangenen Revolutionäre in Moabit ebenso Hunger leiden müssen, wie die in Tegel. Sie erhalten täglich nur eine Kohlrübenwassersuppe. Etwa 20 Personen erkrankten daher an Magen- und Darmkatarrh. Die Krankenkost sei besser, aber nicht ausreichend. Dagegen erhalten die Soldaten der Reinhard-Truppe, die das Gefängnis bewachen, täglich: 6 Mk. Löhnung, 1200 Gramm Brot, 150 Gramm Fleisch, auch alle andern Lebensmittel in reichlichem Maße. Die Justizbarberei der Regierung der Rechtssozialisten übertrifft noch die schauderlichen Zustände unter der Herrschaft des Militarismus und des Junkertums!

Das neue Waffenstillstandsabkommen.

[illegible] Abschluß der Verhandlungen des Waffenstillstandsabkommens. Die Unterzeichnung erfolgte heute abend 6 Uhr 30 Minuten im Salonwagen des Marschalls Foch. Der Entwurf des Verlängerungsabkommens enthält nur drei Artikel. Der bereits veröffentlichte Wortlaut des Entwurf darf als bekannt vorausgesetzt werden. Die endgültig unterzeichnete Fassung weist folgende Veränderungen auf: Oberschlesien, der Netzedistrikt und Bromberg fallen westlich der Demarkationslinie. Leider fällt Mrotzhaum östlich der Demarkationslinie. Der Bahnhof Beuthen erhält deutsche Besatzung. Den Schutz der Deutschen östlich der Demarkationslinie übernimmt die interalliierte Kommission in Warschau. — Zu Artikel 2 fragte Reichsminister Erzberger, warum „kurze Frist" vorgeschlagen sei, und ob dieser

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19190217/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG